

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4598. — **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauhaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauhaer Straße 19/21 — Telefon 4598

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.50 M., bei Platzvorkauf 2.30 M.; Familienanzeigen, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonelle 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postämter entgegen.

Der Danziger Generalfreik. Polizei im Parlament.

Berlin, 5. August. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Im Gegensatz zu den bürgerlichen Zeitungen berichtet die Freiheit, daß der Danziger Generalfreik freilich eingeleitet habe. Es beteiligten sich etwa 50 000 Personen. Er hat bereits auf andere Orte des Freistaates übergegriffen. Die lebenswichtigen Betriebe konnten nur mit Mühe aufrechterhalten bleiben. Ganz Danzig hat ein militärisches Gepräge. Autos mit Polizeimannschaften, die Maschinengewehre mit sich führen, durchfahren die Stadt. Trotzdem alles ruhig ist, werden einzelne Verhaftungen vorgenommen. Ein besonderes Gepräge bekam der Tag durch das brutale Auftreten des Polizeisenators Schümmer und des Freistaatspräsidenten in der gestrigen Sitzung des Volkstages. Im Volkstagesgebäude waren gegen 50 Sicherheitspolizisten, bis an die Zähne bewaffnet, untergebracht. Beobachter erzählten auf der Zuschauertribüne ein starkes Polizeiaufgebot. Unter diesen Umständen lehnten die drei sozialistischen Parteien es ab, zu tagen. Als der Präsident des Hauses trotzdem versuchte, die Sitzung weiter zu leiten, unterbrach ihn die sozialistische Opposition solange, bis die Sitzung vertagt wurde. Der Polizeisenator Schümmer, ein früherer Generalfreikoffizier, ließ 50 Mann Sicherheitspolizei in vollständiger Ausrüstung in den Sitzungssaal einmarschieren, die die Abgeordneten, die sich vor der Rednertribüne befanden, wegtrieben und sie auf die Füße traten. Ein Leutnant der Reichswehr, von etwa 20 Mann, nahm auf der Rednertribüne Platz. Der Polizeisenator ließ die beiden kommunistischen Abgeordneten Schmidt und Kahn aus dem Sitzungssaal heraus von Sicherheitspolizisten verhaften, weil Schmidt sich in einer persönlichen Auseinandersetzung mit einigen bürgerlichen Abgeordneten befand und Kahn den Polizeisenator mit einem beleidigenden Ausbruch beleidigt haben sollte. Später ließ der Polizeisenator, obgleich kein Antrag vorlag, nochmals 50 Mann Sicherheitspolizei einrücken. Trotzdem der Präsident des Hauses die Sitzung geschloffen hatte, verließen Schümmer zu reden, was ihm von der sozialistischen Opposition unumwunden gemacht wurde. Die drei Linksparteien ließen, da der Senator durch das Auftreten der Schutzpolizei und die Verhaftung der zwei kommunistischen Abgeordneten gegen das Gesetz und die Verfassung verstoßen hatte, die Senatssitzung nicht mehr reden, so daß die Sitzung nach mehrmaligen Vertagungen um 6 Uhr abends aufgehoben werden mußte.

Die sabotierenden Landwirte.

Berlin, 5. August. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Zu den Forderungen der Reichsgetreidestelle an Brotgetreide aus Ostpreußen erklärt die ostpreussische Landwirtschaftskammer, wie das WTB. meldet, eine Erklärung, die zu sehr unliebsamen Konflikten führen kann. Von Ostpreußen sind insgesamt fünf Zentner Brotgetreide für den Morgen aufzubringen. Die Landwirtschaftskammer verbreitet zunächst, daß in diesem Jahre eine genaue Schätzung der ostpreussischen Ernte nicht vorliege. Aber nach Erhebungen des Land- und Forstwirtschaftsverbandes betrage die Ernte in weiten Teilen der Provinz weniger als fünf Zentner pro Morgen (??) Die Landwirtschaftskammer erklärt, daß sie außerstande sei, die Umlage auf die Kreise zu verteilen und dafür die Verantwortung zu übernehmen. Sie macht gleichzeitig darauf aufmerksam, daß die einzelnen Kreise der Landwirtschaft über die Höhe der ihnen zugemuteten Umlage in Streit geraten werden, und daß dadurch die ostpreussische Brotversorgung gefährdet werden könne. Sie fordert zwar zum Schluß ihrer Kundgebung die Landwirte auf, nach besten Kräften für die Erfüllung ihrer Verpflichtungen zu wirken, aber wenn sie gleichzeitig erklärt, den Landwirten werde zuviel zugemutet, so werden sicher auch Gutbesitzer mit der Ablieferung im Rückstand bleiben, die die geforderte Umlage leisten könnten.

Zur Pariser Konferenz. Italien und Oberschlesien.

London, 3. August. Ein diplomatischer Mitarbeiter der Daily Avomärtingen Ausschuh der italienischen Kammer wurde, wie das Berliner Tageblatt erfährt, der Vorschlag, dem nach Paris fahrenden italienischen Vertreter allgemeine Direktiven zu geben, abgelehnt, um die Freiheit der Delegierten nicht einzuschränken. Der Minister des Aeußern sagte, es sei Sache der in Paris tagenden Sachverständigen, eine genaue Grenzlinie vorzuschlagen. Wertvollwert ist eine Erklärung des sozialistischen Führers Turati über Oberschlesien: „Wenn Italien,“ sagte er, „sich mit Frankreich gegen den italienischen Standpunkt verbündet, würde es dazu beitragen, daß das größte Verdrehen und die größte Torheit begangen werden kann. Unsere Interessen und unsere Tradition, sowie alle Grundzüge der Gerechtigkeit und der Humanität weisen den Weg in eine andere Richtung. Die Teilnahme an dem Verdrehen Frankreichs würde für Italien wirtschaftliches Bajonetten bedeuten.“

Provisorische Lösung?

Berlin, 5. August. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Der Vertreter der Vossischen Zeitung in Paris hat den Eindruck gewonnen, daß auch die Franzosen die provisorische Lösung der Oberschlesischen Frage gegenwärtig für die beste und allein mögliche Lösung halten und daß eine direkte Verständigung

zwischen Deutschland und Polen von französischer Seite jedenfalls nicht verhindert, vielleicht sogar begünstigt würde.

Die Haltung Englands.

London, 3. August. Ein diplomatischer Mitarbeiter der Daily Telegraph schreibt: Zwischen den hauptsächlich beteiligten Mächten findet augenblicklich ein lebhafter Gedankenaustausch über das Programm der bevorstehenden Pariser Konferenz des Obersten Rates statt. England hoffe, daß die Konferenz nicht lange währe, und möchte einen baldigen Abschluß dadurch ermöglichen, daß die Beratungen auf Fragen beschränkt werden, die unbedingt ohne weitere Verzögerung gelöst werden müssen. Unter diesen Fragen befindet sich die oberste Frage, die Frage der Rhein-Sanktionen, der Kriegsschuldigen und auch Fragen bezüglich Bezahlung der deutschen Verpflichtungen. Was Oberschlesien anbetrifft, so scheint trotz der „elastischen Ansichten“ der italienischen Sachverständigen bisher wenig Aussicht zu bestehen, daß der Ausschuh der Techniker (Sachverständigen) zu einer Einigung gelangen. Bestimmten seien daher der Ansicht, daß der Oberste Rat nicht in der Lage sein werde, eine Lösung der Grenzfrage zu finden, und sich mit Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung werde begnügen müssen, wozu die Entsendung von alliierten Verstärkungen nach Oberschlesien gehören könne oder auch nicht. Daily Telegraph zufolge ist man jedoch in britischen Kreisen entschlossen, daß die oberste Frage zwar endgültig geregelt werden soll. Die zitierte Ansicht herrscht mit Bezug auf die Rhein-Sanktionen. Die Engländer sind der Meinung, daß die neue Garantie-Kommission, der einige der Alliierten die Frage der Sanktionen überweisen wollen, nicht befugt sein kann, Maßnahmen von großer militärischer und wirtschaftlicher Wichtigkeit, die ursprünglich vom Obersten Rat getroffen wurden, aufzuheben. In einigen Kreisen besteht laut Telegraph bereits Neigung zu einem Ausgleich in der Sanktionen-Frage, indem die Befehle der Ruhrorte aufrecht erhalten, dagegen die künstliche Zollgrenze aufgehoben werde. Bezüglich der Frage der Kriegsschuldigen erscheint es durchaus möglich, daß Frankreich und vielleicht auch Belgien den Wunsch zum Ausdruck bringen werden, die Beschuldigten selbst abzurufen.

Die Tagesordnung der Konferenz.

London, 5. August. (TU.) Neuter erfährt, daß die Tagesordnung der bevorstehenden Konferenz des Obersten Rates aller Wahrscheinlichkeit nach außer der oberste Frage folgende Punkte umfassen wird: Bestrafung der Kriegsschuldigen, die Sanktionen und die Frage des nahen Ostens.

Paris, 4. August. Die erste Sitzung des Obersten Rates wird am Montag, um 11 Uhr vorm., stattfinden. Die Einladung Belgiens bleibt vorbehalten für den Fall, daß die Fragen der Aburteilung der Kriegsschuldigen und der Sanktionen durch den Obersten Rat besprochen werden.

England noch immer gegen weitere Truppenverstärkungen.

London, 5. August. (TU.) Wie von bestunterrichteter Seite mitgeteilt wird, steht die britische Regierung nach wie vor auf dem Standpunkte, daß nach hier vorliegenden Nachrichten eine Entsendung von Verstärkungen nach Oberschlesien nicht erforderlich ist. Die Frage wird als erste auf der Konferenz des Obersten Rates behorbelt werden.

Verstärkung der italienischen Truppen?

Doppeln, 4. August. (TU.) Wie der Berichterstatter der Dena erfährt, sind aus Ersuchen des italienischen Vertreters der Interalliierten Kommission, General de Marinis, zur Zeit in Rom auch weitere Bataillone italienischer Truppen zur Verstärkung nach Oberschlesien vorgesehen. Sie sollen in der nächsten Woche nach Oberschlesien in Marsch gesetzt werden.

Drohungen der polnischen Auffständigen.

Berlin, 5. August. (TU.) Das in Berlin erscheinende polnische Blatt Dziennik Berlinski meldet aus Oppeln: Im Hinblick auf die nahe bevorstehende Sitzung des Obersten Rates veröffentlicht der Verband ehemaliger polnischer Auffständiger eine Reihe von Forderungen. Darin heißt es: Lloyd George hat in Irland weicht noch nicht die Lehre erhalten, daß nationale und wirtschaftliche Bestrebungen nicht durch Bajonette entschieden werden können? Wir wollen glauben, daß die Vertreter von Frankreich, Italien und Amerika dem englischen Projekt nicht zustimmen. Wir erklären, daß wir eine Vergewaltigung unserer Forderungen durch den Obersten Rat für eine Kampfanzeige ansehen. Gewalt wird gegen eine einheitliche Front stoßen. Bajonette fürchten wir nicht.

Polnischer Angriff auf Ujest.

Kesel, 5. August. (TU.) Mittwochabend griff eine aus 60 bis 70 Mann bestehende polnische Bande, von Tattischau kommend, die Stadt Ujest an. Nach zusammengerufenen Landeute und Polizei vertrieben die Angreifer.

Das deutsch-französische Abkommen.

Paris, 4. August. (TU.) Der Intransigant meldet: Durch den Streit um die Tagung des Obersten Rates wird die Unterzeichnung des Abkommens Loucheur-Mathenau verschoben; aber das Abkommen selbst kann als gesichert angesehen werden. In dem Abkommen sei die Lieferung von Maschinen, Eisenteilen, Hölzern, Gläsern, Möbeln, Fäden usw. geregelt. Die Bewohner der zerstörten Gebiete würden jedoch von der französischen Regierung Vorgegeld erhalten und so in der Lage sein, einzukaufen, wo es ihnen beliebt. Man habe diese Bedingung getroffen, um Deutschland einem scharfen Wettbewerb auszuweichen, damit es veranlaßt werde, niedrigere Preise zu stellen.

Die Sozialistische Partei Argentiniens.

Eine Abordnung argentinischer Sozialisten ist in Genua gesandt, um freundschaftliche Beziehungen zu den italienischen Genossen anzuknüpfen und das italienische Verwaltungssystem, ihre Organisationen zu studieren.

Der Avanti berichtet unterm 12. Juli über eine Unterredung, die die argentinischen Genossen seinem Vertreter gewährten. Sie verlief wie folgt:

„In Anbetracht unserer Verhältnisse und der Zeit ist unsere Partei stark. Wir haben 25 000 Eingetragene, und die Spaltung, die auf dem letzten Kongreß von Bahia Blanca eingetreten ist, hat uns nichts geschadet.“

„Also auch ihr habt die Spaltung zwischen Sozialisten und Kommunisten gehabt?“

„Gewiß! Wir haben dieselbe Erscheinung wie ihr in Livorno gehabt, und als wir eure Diskussionen verfolgten, nahmen wir daran lebhaftesten Anteil. Der Kongreß erklärte sich mit großer Mehrheit als „unitario“ (für die Einheit), und ein kleiner extremer Flügel wurde abtrünnig, um die kommunistische Partei zu konstituieren, die zwar einen Namen hat, aber keine, auch nicht die geringste Wirksamkeit. Die argentinische sozialistische Partei dagegen zählt außer Männern von unbestrittener Bedeutung, wie z. B. Dr. Justo, unsern Nationalökonom, Dr. Rapetto, Chefredakteur unresr Blattes L'Avanguardia, Dr. Tomaso, Generalsekretär der Partei und endlich vielen andern Führern eine große Schar sehr rühriger und treuer Leute, die bei ihrem Tatendrang die besten Erfolge gehabt haben. Man darf sich nicht von Ziffern beeinflussen lassen, die nur eine relative Bedeutung haben. Argentinien ist ein Auswandererland, und es strömen fremde Massen aus allen Teilen der Welt hierher, die sich weder mit politischen Fragen beschäftigen, noch, rechtlich betrachtet, sich damit beschäftigen können, wenn sie sich nicht naturalisieren lassen. So daß sich z. B. in dem Wahlkampf in Buenos Ayres, einer Stadt von 1 800 000 Einwohnern, die Zahl der Wähler auf 150 000 belief. Wir haben die Gewalt in der Stadt abwechselnd errungen und verloren mit ungefähr 50 000 Stimmen im Kampfe gegen die einzige ernstzunehmende argentinische Partei, die sich radikal nennt, im Grunde aber konservativ ist. Die andern Parteien, obgleich begünstigt vom Verhältnismehrrecht, haben sich nicht behaupten können.“

„Ueber welche Kräfte verfügt ihr in Parlament und Gemeinden?“

„Wir haben starke Minderheiten in zahlreichen Gemeinden und mehrere Deputierte in den Provinzen. In Buenos Ayres haben wir von 30 Abgeordneten 11 und als Präsidenten des Kollegiums unsern Genossen Spinello, einen Ligurier aus Chiavari, der hierher ausgewandert ist. Wir müssen jedoch bemerken, daß unser Einfluß in gewissem Sinne von dem euren verschieden ist. Wenn wir auch viel tun können, indem wir verschiedenen Verwaltungsorganen vorstehen so kann doch der Bürgermeister, der nicht vom Stadivorordnetenkollegium, sondern vom Präsidenten der Republik ernannt wird, sein Veto gegen alle Beschlüsse einlegen, was uns sehr hindert und aus welchem Grunde wir eine Reform anstreben. Wir haben trotz allem einen sozialistischen Bürgermeister in Mar del Plata. — Auch wir haben im Parlament zwei Kammern (Deputierte und Senatoren), beide wählbar. Die Senatoren bleiben neun Jahre, die Deputierten vier Jahre im Amte. Im Senat, der sich aus 32 Mitgliedern zusammensetzt, ist auch ein Sozialist, der Genosse Ibarnea, und unter den 150 Deputierten befinden sich 10 Genossen. Bei unserer rührigen Propaganda zweifeln wir nicht, daß wir sehr bald über die konservative Partei siegen und die Geschicke der Republik selbst leiten werden. Alle unsere Leute machen die größten Anstrengungen. Man macht große Propaganda mit Kinematographen auf Automobilen, die sich beim letzten Wahlkampf außerordentlich bewährt haben, wir veröffentlichen Broschüren in großer Zahl und richten Volksbibliotheken ein. Die Partei verfügt weiter über ein täglich erscheinendes Blatt, und ein Mittelungsblatt, das den Verkehr zwischen den einzelnen Sektionen, deren es allein in Buenos Ayres 30 gibt, vermittelt und in guter finanzieller Verfassung, weil alle für die Partei Opfer bringen, angefangen von den Abgeordneten, die die Hälfte ihrer Diäten, ungefähr 1500 pesetas monatlich (ca. 8500 Lire in eurer Valuta), abgeben, obgleich das Leben in Argentinien, nach allem, was ich habe konstatieren können, viel teurer als in Italien ist.“

„Wollen Sie uns etwas über Ihre wirtschaftliche Bewegung sagen?“

„Wir haben zwei Gewerkschaftsbewegungen, den Arbeiterbund mit anarchistischer Tendenz, der nicht sehr stark ist, und die große syndikalistisch-sozialistische Arbeiterföderation, die viele Hunderttausende von Organisierten der verschiedensten Berufe umfaßt, in erster Linie die Föderation der Seeleute. Diese Föderation gehörte der Amsterdamer Internationale an, von der sie sich trennte wegen ihrer Tendenzen und heute gehört sie zu jenen, die „in der Schwere“ hängen. Sie kann, wie die argentinische Partei,